

Jonas Pohlmann

CDU-Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags
Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie und
Klimaschutz sowie im Unterausschuss Tourismus



Die März-Plenarwoche ist beendet. In der heutigen Ausgabe der Landtagspost findet ihr Informationen zu den Themen:

- Aus für die **Förderschule Lernen**
- Im Einsatz für die **Scheunenfeten**
- **Kita-Zukunft** im Fokus
- Besuch der **Kita Lummerland**
- **Windgipfel** der CDU-Fraktion
- Geschäftsführer des **Seedhouse Accelerators** im Landtag
- **Klausurtagung** der Fraktion
- Pohlmann: **Kurorte und Heilbäder**
- Bock: **Kriminalstatistik**
- Kämmerling: **Hauswirtschaft**
- Thiele: **Landeshaushalt**
- Ramdor: **Gleichstellungspolitik**
- Reinken: **Digitalpakt**
- Ramdor: **Einsamkeit**
- Themen und Termine

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr/Euer Jonas Pohlmann

Förderschule Lernen: Rot-Grün ignoriert Bedürfnisse tausender Schülerinnen und Schüler

Eine traurige Entscheidung haben wir vergangene Woche im Niedersächsischen Landtag erlebt.

SPD und Grüne haben unseren Gesetzentwurf zum Erhalt der Förderschule Lernen abgelehnt, ohne im Vorfeld diejenigen anzuhören, um die es geht: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte. Ein Beschluss gegen die Wahlfreiheit von Kindern und Eltern.

Nichtsdestotrotz kämpfen wir auf Kreisebene weiter für unsere Comeniuschule.

Für einen neuen Förderschwerpunkt (emotional-soziale Entwicklung) stellt der Kreistag auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion Mittel bereit. Damit könnten auch ab Sommer weiter eingeschult werden. Weitere Lösungen diskutieren wir auf allen Ebenen. Wir arbeiten weiter, damit unsere Comeniuschule eine Zukunft hat. Mit vereinten Kräften für die Kinder.

Hierzu die Statements unseres bildungspolitischen Sprechers, Christian Fühner:



„Bei unserem Gesetzentwurf zur Förderschule Lernen geht es um tausende Schülerinnen und Schüler und deren Eltern in Niedersachsen. Und die Frage, ob man deren Anliegen ernst nimmt und den freien Willen der Eltern bei der Schulwahl akzeptiert“.

Mit diesem Gesetzesentwurf gehe es der CDU-Fraktion vor allem darum, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, die richtig große Probleme im inklusiven Schulsystem hätten: „Kinder, die auf eine Förderschule wechseln, weil sie sich in der Schule nicht wohl fühlen, weil es trotz Schulsozialarbeit oder Schulbegleitung zu Mobbing kommt, Kinder und Jugendliche, die nachts nicht schlafen können, weil sie Angst vor dem nächsten Schultag haben. Kinder, die sich zurückziehen und Kinder, die keine Freunde finden. Diesen Kindern wollen wir helfen und Rot-Grün hat dies heute abgelehnt“, so der Bildungspolitiker.

„Wenn die Abgeordneten von Rot-Grün den Kindern und Eltern in der Beratung zu unserem Gesetzentwurf zugehört hätten, dann wären sie niemals auf die Idee kommen, diese Schulen zu schließen und damit den Kindern in Zukunft etwas zu rauben, was ihnen lieb und teuer ist“, so Fühner. Stattdessen habe die Regierungskoalition Gespräche abgesagt und einen ordentlichen und begründeten Anhörungswunsch im Ausschuss abgewiegt.

„Statt den Schülerinnen und Schülern echte Hilfe anzubieten, versündigen die Kultusministerin und die Regierungskoalition sich mit der Ablehnung des Gesetzentwurfs lieber an ihnen, und das wegen ihrer ideologischen schulpolitischen Vorstellungen. Rot-Grün hätte heute Gelegenheit gehabt, Schaden von den betroffenen Kindern abzuwenden. Sie haben sich dagegen entschieden, dies ist mehr als bedauerlich“, so Fühner.





Unkompliziert, aber sicher – im Einsatz für die Scheunenfeten

Wo ein Wille, da ein Weg: Auch dieses Jahr müssen Scheunenpartys, Erntedankfeste und Gottesdienste wieder ohne Probleme möglich sein. Brandschutz und Feiern lassen sich verbinden. Als CDU-Landtagsfraktion setzen wir uns deshalb für eine Änderung der Niedersächsischen Bauordnung ein. Unsere Landjugenden, Feuerwehren und alle Organisatoren brauchen Rechtssicherheit – und keine Steine im Weg.

Eins, aber nicht das einzige der Themen, über das sich unser Fraktions- und Landesvorsitzender Sebastian Lechner, Generalsekretär Marco Mohrmann und ich uns mit der Niedersächsischen Landjugend ausgetauscht haben. Danke für euren Besuch und den guten Draht!

Dazu die Statements unseres wirtschaftspolitischen Sprechers Jörn Schepelmann:

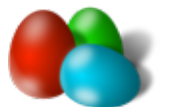


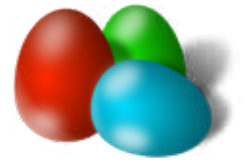
„Besonders im ländlichen Raum ist das Zusammenleben der Gemeinschaft durch Veranstaltungen geprägt, die häufig in Scheunen oder ähnlichen Räumlichkeiten durchgeführt werden. Gerade die Landjugend oder Freiwillige Feuerwehren organisieren zum Beispiel zur Osterzeit die beliebten Osterfeuer sowie im weiteren Verlauf des Jahres große Scheunenfeten und weitere Veranstaltungen. Es geht aber auch um Erntedankfeste, Gottesdienste und sonstige Kulturveranstaltungen. Diese Veranstaltungen sind durch Entscheidungen von Olaf Lies und der Landesregierung gefährdet“.

In einem heute eingereichten Entschließungsantrag fordert die CDU-Fraktion, dass die Landesregierung den §47 NVStättVO wieder einführt oder eine vergleichbare Regelung in die Bauordnung aufnehmen solle. „In seiner Zeit als Umweltminister erklärte Olaf Lies bei der Abschaffung des §47, dass dies keine Auswirkungen auf die Scheunenfeten und Veranstaltungen der Dorfgemeinschaften haben werde, nur um dann zwei Tage später einen Erlass anzukündigen, der den Schaden begrenzen sollte. Allerdings hatte er damit keinen Erfolg“, so Schepelmann. Lies müsse aus dem Modus des Ankündigungsminister kommen und ins konkrete Handeln wechseln und nicht weiter die Verantwortung auf die Kommunen vor Ort abwälzen.

„Es ist möglich, Brandschutz und Scheunenfeten zu verknüpfen, ohne die Freiheit der Menschen weiter einzuschränken und die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen zu behindern. Man muss es nur wollen“, so Schepelmann abschließend.

Entschließungsantrag: <https://bit.ly/3TjnKJl>





Kita-Zukunft im Fokus: Experten diskutieren über Reformen und Innovationen



In der virtuellen Dialogveranstaltung „Quo vadis: Kita?!“ trafen sich rund 50 Expertinnen und Experten aus Politik und Bildung, um über notwendige Veränderungen und Innovationen in der Kinderbetreuung zu diskutieren. Gastgeber waren die CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Uhlen, Lara Evers, Jonas Pohlmann und Christian Fühner.

Thomas Uhlen betonte die Wichtigkeit einer dualen Ausbildung für Erzieherinnen, um ihnen sowohl theoretisches Wissen als auch praktische Erfahrungen zu vermitteln: „Eine duale Ausbildung ermöglicht es angehenden Erzieherinnen, direkt von der Praxis zu lernen und gleichzeitig ihre Fachkenntnisse zu vertiefen. So können sie bestmöglich auf die anspruchsvolle Arbeit in den Kitas vorbereitet werden.“

Lara Evers sprach sich für eine Entbürokratisierung der Förderprogramme für

Kindertagesstätten aus: „Die derzeitige Bürokratie erschwert es vielen Kitas, an Fördergelder zu kommen. Wir müssen den Prozess vereinfachen, um den Zugang zu finanzieller Unterstützung zu erleichtern und somit die Qualität der Kinderbetreuung zu erhöhen.“

Mehr Flexibilität für Kitas und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren zentrale Themen der Diskussion. Jonas Pohlmann erklärte: „Die Bedarfe der Familien sind unterschiedlich. Damit die Erzieherinnen und Erzieher darauf eingehen können, brauchen sie flexiblere Möglichkeiten, Betreuungsangebote zu organisieren und gemeinsam mit den Familien individuelle Lösungen zu ermöglichen.“ Christian Fühner betonte die Bedeutung von mehr Zeit für Kinder und Familien: „In unserer schnelllebigen Zeit ist es wichtig, dass Kinder genügend Zeit für Freizeit, Bildung und soziale Kontakte haben. Für eine umfassende Begleitung benötigen unsere Erzieherinnen und Erzieher ausreichend Verfügungszeiten.“

Die virtuelle Dialogveranstaltung „Quo vadis: Kita?!“ hat gezeigt, dass die Zukunft der Kinderbetreuung in Deutschland vielfältige Herausforderungen und Chancen birgt. Durch eine stärkere Zusammenarbeit von Politik und Bildungseinrichtungen, eine Vereinfachung der Förderprogramme und eine stärkere Anpassung an individuelle Bedürfnisse können die Weichen für eine zukunftsorientierte Kita-Landschaft gestellt werden. So werden Erzieherinnen und Erzieher entlastet und Kinder und Familien profitieren gleichermaßen von den Vorteilen einer optimalen Betreuung.

Lummerland statt Kummerland – zu Besuch in der Integrativ Kita

Individuelle Förderung in kleineren Gruppen, täglich frisch gekochtes Essen, eigener Bulli-Transfer: Die Integrativ Kindertagesstätte Lummerland in Georgsmarienhütte füllt ihren Namen mit Leben. Weil integrative Kitas stärker gefördert werden, können Erzieherinnen und Erzieher jedes Kind mit seinen Talenten und Bedarfen begleiten.

Damit sie das auch in Zukunft leisten können, müssen wir sie entlasten. Personelle Engpässe, dadurch verkürzte Betreuungszeiten und die Schließung einzelner Gruppen sehen wir leider schon jetzt. Deshalb suchen meine Fraktionskolleginnen/-kollegen und ich das Gespräch vor Ort.

Auf Landesebene haben wir Stellschrauben, um unsere Kitas konkret zu entlasten, Kindern eine individuelle Betreuung und Eltern weiterhin Flexibilität zu bieten: vor allem eine duale, vergütete Erzieher-Ausbildung mit höheren Praxisanteilen, aber auch Praxisstunden zum Anlernen und Begleiten, flexiblere Regelungen zu Vertretungen und zum kurzfristigen Zusammenlegen von Gruppen auch in der Kernzeit.

Gleichzeitig ist die beste Betreuung für unsere Kinder eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Erzieherinnen und Erzieher leisten täglich Großes. Dass sie das Band zwischen Kind und Eltern ersetzen, können wir allerdings nicht von ihnen verlangen.

Die Verantwortung liegt in der Breite: neben den Krippen- und Kita-Angeboten brauchen wir flexible Berufsmodelle und eine Unterstützung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen möchten und können. Politik, Familien, Unternehmen, Familienzentren, Kindergärten: Die Qualität unserer Kinderbetreuung sichern wir nur gemeinsam.

Vielen Dank an Kathrin Wellmann und ihr Team für die vielen Eindrücke aus erster Hand!





Frischen Wind ins Land bringen – Kommunale Entscheidungsträger diskutieren beim Windgipfel der CDU-Fraktion

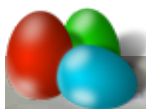


Rund 60 kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger erörterten am 21. März in Hannover auf Einladung der CDU-Landtagsfraktion die Chancen und Herausforderungen, die sich für Kommunen und Landkreise aus dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien ergeben. Impuls-Statements durch Sebastian Lechner, Vorsitzender der CDU-Fraktion, sowie Dr. Marco Trips (NSGB) und Dr. Joachim Schwind (NLT) führten in die Diskussion ein, die Jonas Pohlmann MdL in Vertretung der erkrankten umweltpolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Laura Hopmann, moderierte.

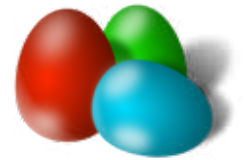
Die Diskussion zeigte, dass die Hauptlast der Energiewende auf der kommunalen Ebene zu tragen ist. Dort wird hauptsächlich die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden müssen. Und dort werden die wesentlichen planerischen Vorarbeiten für den beschleunigten Ausbau der

erneuerbaren Energien zu leisten sein. Hier zeigte sich ein zentrales Problem: Investoren überholen nach dem Lösen wesentlicher Bremsen für den Ausbau der Erneuerbaren durch den Bundesgesetzgeber die kommunale Flächenplanung rechts und links. Es droht Wildwuchs in der Fläche mit allen Folgen für die Akzeptanz vor Ort, aber auch für die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen u.a. im Wohnungsbau, in der Gewerbeentwicklung und im Verkehrswegebau. Ein großes Problem für die Kommunen wird sein, kurzfristig genügend Personal zu gewinnen und ausreichend qualifizierte Planungsbüros akquirieren zu können.

Einig waren sich alle Beteiligten darin, dass die Kommunen an den Erträgen der Erzeugung erneuerbarer Energien ausreichend beteiligt werden müssen, damit die Energiewende für sie auch mit Chancen verbunden ist. Einen guten, allerdings weiterzuentwickelnden Startpunkt stellt dazu nach Auffassung des NLT und des NSGB das in Mecklenburg-Vorpommern bereits realisierte Beteiligungsmodell dar. Jonas Pohlmann unterstrich abschließend nochmals die Notwendigkeit einer deutlichen Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Dazu sei eine Entbürokratisierung der Verfahren der beste Weg. Er sagte den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und Landkreise die Unterstützung der CDU für ihre Anliegen in den anstehenden Gesetzgebungsverfahren zu, damit die Interessen des ländlichen Raums, der die Hauptlast der Energiewende zu tragen hat, und der dort lebenden Menschen gewahrt bleiben. Die Energiewende mit den Menschen, nicht gegen sie gestalten, das, so Pohlmann, sei das Credo der CDU.



Der Vorsitzende der CDU Fraktion
Niedersachsen eröffnete den Gipfel



Innovationsregion Osnabrücker Land – Geschäftsführer des Seedhouse Accelerators im Landtag

Florian Stöhr, Geschäftsführer des renommierten Accelerators Seedhouse, war zu Gast im niedersächsischen Landtag, um gemeinsam mit Abgeordneten die Bedeutung von Startups für Innovationen und die Zukunft unserer Wirtschaft zu erörtern. Dabei wurde deutlich, dass der Bedarf an einer innovationsfreundlichen Politik, die Gründungskultur fördert und nicht behindert, bei allen Beteiligten hoch im Kurs steht.

Der CDU-Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Melle Thomas Uhlen betonte die Rolle von Startups: „Wir brauchen innovative Unternehmen wie diejenigen, die im Seedhouse gefördert werden, um unseren Wirtschaftsstandort Niedersachsen zukunftsfähig zu gestalten. Junge Gründerinnen und Gründer bringen frische Ideen und sorgen für Wachstum und Beschäftigung.“ Auch Verena Kämmerling, CDU-Landtagsabgeordnete aus Osnabrück, unterstrich die Bedeutung einer innovationsfreundlichen Politik:

„Wir müssen die Rahmenbedingungen für Startups weiter verbessern und bürokratische Hürden abbauen. Nur so können wir den Innovationsgeist in Niedersachsen entfalten und einen wettbewerbsfähigen Standort schaffen.“



Jonas Pohlmann, CDU-Landtagsabgeordneter aus Georgsmarienhütte zeigte sich beeindruckt von der Arbeit des Seedhouse Accelerators und betonte: „Es ist bemerkenswert, wie viele erfolgreiche Startups hier in Niedersachsen bereits von Seedhouse unterstützt wurden. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Doch wir dürfen nicht stehen bleiben und müssen weiterhin in den Ausbau unserer Gründungsinfrastruktur investieren.“

Der Geschäftsführer des Seedhouse Accelerators, Florian Stöhr, bedankte sich für die Einladung und betonte die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik: „Ich freue mich sehr über das Interesse der Abgeordneten und die konstruktive Diskussion. Um das volle Potenzial von Startups auszuschöpfen, müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen.“

Der Besuch von Florian Stöhr unterstreicht die wachsende Bedeutung von Startups für die niedersächsische Wirtschaft und den politischen Willen, Niedersachsen als Innovationsmotor zu positionieren. Die enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft ist dabei ein wichtiger Schritt, um die Gründungskultur zu fördern und den Standort Niedersachsen für zukünftige Innovationen und Wirtschaftswachstum zu stärken.

Dauerhafte Förderung unserer Kurorte und Heilbäder – Unterwegs für unsere Tourismus- und Wirtschaftsregion

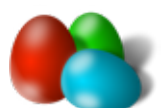


Der Arbeitskreis Tourismus unserer CDU-Landtagsfraktion war unterwegs im hohen Norden. In Oldenburg und Butjadingen ging es im Gespräch mit der IHK und kommunalen Vertretern um die Perspektiven des Tourismus in Niedersachsen. Neben Initiativen gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel und Rahmenbedingungen für eine starke Mobilität brauchen unsere Tourismuskommunen konkrete, dauerhafte finanzielle Unterstützung vom Land – auch außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs.

Ein Thema, das gerade für unsere zertifizierten Kurorte und Heilbäder wichtig ist. Andere Bundesländer machen vor, wie eine solche Förderung aussehen kann.



Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Niedersachsen Taten folgen. Für unsere Tourismus- und Wirtschaftsregion Osnabrücker Land.





Zukunftsthemen unserer Klausurtagung: Gesundheitsversorgung, Bildung, Geothermie, Fachkräfte



Während ihrer dreitägigen Klausurtagung diskutierten und beschlossen die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion vier Positionspapiere zu den Zukunftsthemen Krankenhausreform, Geothermie, Bildung und Fachkräftemangel.

„Wir leben in unsicheren Zeiten mit vielen Herausforderungen, die wir angehen müssen und die Menschen erwarten von der Politik zu Recht Antworten. Als CDU-Landtagsfraktion arbeiten wir mit Zuversicht daran, dass wir die richtigen Lösungen für die Probleme in unserem Land entwickeln können. Und in Verantwortung für die Menschen in Niedersachsen. Das treibt uns dabei an“, so der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Sebastian Lechner.

Geothermie sei eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende in Niedersachsen und sei daher besonders in den Blick genommen worden: „Wir müssen für die Geothermie gleichwertige Rahmenbedingungen zu anderen Erneuerbaren setzen und wir brauchen einen „Kickoff“ für die Förderung der Geothermie. Der Wissenschaftsminister muss dafür Forschungsgelder aus dem Programm zukunfts.niedersachsen zur Verfügung stellen“, erklärte Lechner zum energiepolitischen Positionspapier.

Die vom Bund beschlossene Krankenhausreform greife zu kurz und sei nicht ausgewogen, daher habe die Fraktion eigene Positionen erarbeitet, die die Landesregierung zum Erhalt der Gesundheitsversorgung annehmen sollte, so Lechner: „Die Gesundheitsversorgung muss gut erreichbar und spezialisiert sein. Dafür muss vor Ort auf Landesebene entschieden werden, wie die Krankenhausplanung umgesetzt wird und nicht ein Modell auf Bundesebene, dass die spezifischen Besonderheiten der einzelnen Länder nicht berücksichtigt. Die Transformation der Krankenhauslandschaft ist auch nicht aufkommensneutral möglich. Der Bund muss die aufgrund seiner Reform erforderlichen Investitionskosten tragen.“

Das Thema Fachkräftezuwanderung wurde insbesondere unter dem Aspekt einer Qualifizierungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber intensiv beraten. Dabei gelte weiterhin, dass die CDU-Fraktion mit Herz, aber auch mit Konsequenz handeln wolle. „Eine zentrale Ausländerbehörde in Niedersachsen soll Dreh- und Angelpunkt der Fachkräftezuwanderung werden. Durch verbindliche, auf die Bedürfnisse der Einzelperson zugeschnittene Integrationsverträge wollen wir den Menschen einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Integrationsmaßnahmen einräumen“, so Lechner.

Auch zum Lehrermangel und zur katastrophalen Unterrichtsversorgung wurde ein 10-Punkteplan erarbeitet, der klare Forderungen und Lösungsvorschläge enthält.

„Wir haben uns mit zentralen Zukunftsthemen für Niedersachsen beschäftigt. Wir begegnen den anstehenden Herausforderungen mit Zuversicht in die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit unserer Gesellschaft und wir wissen gleichzeitig um die Verantwortung, die wir für die Menschen tragen“, so der Fraktionschef.



Weiterführende Links:

[Anlage Positionspapier Fachkräfte](#)
[Anlage Positionspapier Unterrichtsversorgung](#)
[Anlage Positionspapier Krankenhausversorgung](#)
[Anlage Positionspapier Geothermie](#)





Bock: Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2022 sind alarmierend – Innenministerin muss umgehend handeln

„In fast allen Kriminalitätsbereichen sind die Fallzahlen gestiegen. Insgesamt ist ein Anstieg bei den registrierten Straftaten um 11% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies ist alarmierend. Nun ist die Innenministerin gefordert. Sie muss zügig gegensteuern, vor allem im Kampf gegen Kinderpornografie (Zunahme um 169% im Vergleich zu 2019) und bei der Kinder- und Jugendkriminalität, aber auch bei den Straftaten gegen Einsatzkräfte (Zunahme um 18%)“, erklärt der innenpolitische Sprecher André Bock nach der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik.



Den Anstieg allein mit dem Wegfall der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie zu erklären, wie es die Innenministerin versuchte, greife definitiv zu kurz, so Bock: „Wir müssen an die Ursachen ran und daher ist es um so wichtiger, dass endlich ein umfassendes Lagebild erstellt wird, wenn es um die Zunahme der Gewalt gegen Polizisten und Feuerwehrleute geht. Seit Jahren steigen hier die Zahlen und erst jetzt, nachdem wir das Thema im Landtag aufgegriffen haben, hat Ministerin Behrens ein Lagebild angekündigt.“ Es liege aber immer noch nicht vor. Gleiches gelte bei der Kinder- und Jugendkriminalität. Hier fehle ein ganzheitliches Bekämpfungskonzept der Landesregierung. „Diese Entwicklung nur mit Sorge zu beobachten, wie es Frau Behrens tut, reicht an dieser Stelle nicht. Konkretes Regierungshandeln ist das Gebot der Stunde“, so Bock weiter.

„Auf der anderen Seite weigert sich die Landesregierung beharrlich, den Instrumentenkasten der Strafverfolgungsbehörden dem digitalen Zeitalter anzupassen. Das ist im Bereich der Kinderpornografie besonders offenkundig, denn viele Straftaten lassen sich nicht mehr aufklären, weil das Ermittlungsinstrument der Vorratsdatenspeicherung fehlt, obwohl der Europäische Gerichtshof dies ausdrücklich zur Verfolgung schwerster Straftaten für zulässig erachtet hat“, so der Innenexperte.

Die starrsinnige Haltung der Ampelregierung in Berlin führe nun unter anderem dazu, dass bei der Verbreitung von Kinderpornografie die Zahlen geradezu explodieren. „Datenschutz an dieser Stelle ist Täterschutz und die Opfer sind die schwächsten in unserer Gesellschaft, tausende unschuldige missbrauchte Kinder und Jugendliche Jahr für Jahr“, so Bock. Auch dazu habe die CDU-Fraktion einen Entschließungsantrag im Landtag vorgelegt und sei gespannt auf das Anhörungsergebnis im Innen- und Rechtsausschuss.

Kämmerling: Unterstützung der Hauswirtschaft weiter fortsetzen – Alltagskompetenzen fördern

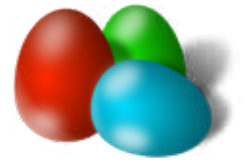


„Die Hauswirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Alltagskompetenzen und zum nachhaltigen Wirtschaften in jedem einzelnen Haushalt. Die Landesregierung darf in der Unterstützung der Hauswirtschaft nicht nachlassen“, erklärt die verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Verena Kämmerling zum heutigen Welthauswirtschaftstag.

„Der Welthauswirtschaftstag steht in diesem Jahr unter dem Motto: ´Gewusst wie: Ressourcen schonen und Müll vermeiden´ und hat sich damit ein hochaktuelles Thema vorgenommen. Ressourcen- und Klimaschutz fangen für viele Verbraucherinnen und Verbraucher bereits beim Lebensmitteleinkauf an“, so Kämmerling.

In Niedersachsen leistet seit 2019 das Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN) Unterstützung und Beratung im Bereich Hauswirtschaft und verantwortet auch den Ausbildungsberuf Hauswirtschaft. Das ZEHN bündelt so zentrale Themen an einem Standort und schafft Synergieeffekte.

„Die Landesregierung muss das ZEHN weiter unterstützen und so den begonnenen Weg fortsetzen. Hauswirtschaftliche Kenntnisse sind die Grundlage für die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung, gesunde Ernährung und die allgemeine Lebensqualität“, stellt Kämmerling abschließend fest.



Thiele: Landeshaushalt ambitionslos und ohne Gestaltungswillen. Außer bei Ausgaben für zusätzliches Personal in der Staatskanzlei und den Ministerien



„Im Nachtragshaushalt der Landesregierung steckt wenig eigene Leistung und keinerlei Gestaltungswille. Dieser Nachtragshaushalt setzt im Wesentlichen Bundesgesetze um, verarbeitet zweckgebundene zusätzliche Haushaltsmittel vom Bund, bucht Dividenden-Einnahmen ein und topft bestehende Haushaltsmittel um. Gestaltet wird damit nichts. Völlige Fehlanzeige herrscht bei Haushaltsmitteln des Landes für die Schulen und Kitas, mehr Sicherheit, mehr Diversität in der Landwirtschaft, oder auch eigene Rot-Grüne Projekte“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele zur heutigen Debatte um den Nachtragshaushaltsplan der rot-grünen Landesregierung.

„Kreativ wird die Landesregierung im Haushalt erst, wenn es um neue Leitungsstellen in der Staatskanzlei und den Ministerien geht. 21 neue, hochdotierte Stellen hat sich die Landesregierung gegönnt. Da wird auf einmal Gestaltungswille gezeigt, da darf es dann auch gerne ein wenig mehr sein“, so Thiele. Und das, während die Menschen und Unternehmen in Niedersachsen immer noch auf die Soforthilfen gegen die Folgen der hohen Energiepreise und Inflation warten würden.

„Wir werden ihnen Vorschläge machen, wie man die bisher nicht abfließenden Soforthilfe-Mittel zielgenau einsetzen kann. So, dass sie den Menschen in der Krise zielgenau helfen. Und wir werden Ihnen, wie unser Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner es angekündigt hat, Angebote machen, wie man den großen politischen Herausforderungen in Niedersachsen aktiv begegnen kann – für ein besseres Niedersachsen“, so der Haushaltsexperte der CDU-Fraktion.

Er wisse nicht, welchen Anspruch die Regierungsfaktionen an sich hätten – ob es bei Ihnen bei dem Talkshow-Geplauder des Grünen Landesparteitages bleibe, oder ob sie den Gestaltungswillen hätten, den Ihre Regierung bisher vermissen lasse. „Wir jedenfalls haben diesen Gestaltungsanspruch. Für ein besseres Niedersachsen. Für die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für unsere Betriebe und Unternehmen. Für diejenigen, die unser Land aufgebaut haben. Und für die sozial Schwachen“, so Thiele. Sie alle hätten es verdient, dass diese Landesregierung endlich in den Galopp komme.

Ramdor: Menschen nicht weiter gegen ihren Willen bevormunden, sondern einen guten Betreuungsrahmen festlegen

Auf der Tagesordnung im heutigen Plenum haben die Regierungsfaktionen einen Antrag eingebracht, der eine moderne Gleichstellungspolitik beinhalten soll. „Laut dem Antrag von SPD und Grünen soll es möglich sein, dass eine Stellenausschreibung wiederholt werden kann, wenn es bisher nur männliche Bewerber gibt, in der Hoffnung, dass sich noch eine Bewerberin findet. Dies ist leider genau das Gegenteil von Gleichstellung, es bevorzugt ein Geschlecht und entscheidet nicht nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“, so die Landtagsabgeordnete Sophie Ramdor.

Dies widerspreche auch der Kernaussage am Anfang des Antrags und damit auch der Niedersächsischen Verfassung.



Laut dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben Frauen 2019 im Durchschnitt pro Tag 52,4 Prozent mehr Zeit für den Haushalt aufgewendet als Männer. Und im Alter der 34-Jährigen lag dieser sogar bei 110,6 Prozent, also in dem Alter in dem oftmals entscheidenden Lebensereignisse anstehen. „Das heißt, dass die Entscheidung für ein Kind und die oft ungleiche Aufgabenverteilung in Partnerschaft und Ehe für die Frauen eine Benachteiligung sind, also die familienbedingte Erwerbsunterbrechung und die anschließende Teilzeit. Dieser Benachteiligung können Sie aber nicht entgegenwirken, indem wir starre Quoten in eine bereits oftmals überforderte Verwaltung einbauen oder eine Pflicht zum Gendern, sondern in dem wir die Krippen- und Kindertagesstätten so ausbauen, dass alle Eltern, die möchten, ihre Kinder gut betreut wissen“, so Ramdor.

In der Politik müsse zudem der rechtliche Rahmen gesetzt werden, dass die Arbeit durch flexible Arbeitszeiten und Homeoffice-Modelle gut mit der Kinderbetreuung kombiniert werden könne.

„Nach den vielen Vorgaben der Politik in den letzten Jahren durch die Coronapandemie, sollten wir die Menschen nicht weiter gegen ihren Willen bevormunden und sie zu einer Quote oder zur Vorgabe des Sprechens zwingen, sondern einen guten Betreuungsrahmen festlegen, den der Staat bieten muss“, so die CDU-Landtagsabgeordnete abschließend.



Reinken: Wir wollen den Digitalpakt Schule zum Erfolg führen



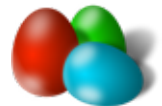
„Die digitale Welt bietet große Chancen, um unsere Schülerinnen und Schüler individueller, zielgenauer und attraktiver zu fördern. Ein spannender Unterricht unter Einsatz digitaler Medien, die Vermittlung von Medienkompetenz, ausdifferenzierte Aufgabenstellungen für das punktgenaue Fordern und Fördern der Schüler und eine effiziente Schulverwaltung. All das muss durch eine funktionierende Schuldigitalisierung ermöglicht werden“, erklärt der Abgeordnete Lukas Reinken in der heutigen Debatte zur Einbringung eines CDU-Entschließungsantrages zum Thema: „Digitalisierung als Chance – die Rahmenbedingungen für die digitale Schule jetzt verbessern“.

„Wir wollen den Digitalpakt Schule zum Erfolg führen. Daher müssen die Mittel schneller den Schulen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere muss endlich dafür Sorge getragen werden, dass die Schulen, die bisher kaum oder keine Mittel aus dem Digitalpakt Schule eingesetzt haben, dazu angehalten werden, diese zu nutzen. Eine Schule, die digital weit hinterher hängt, sorgt für eine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler. Das darf das Land nicht tatenlos hinnehmen“, so Reinken.

Neben einem umfassenden Monitoring müssten Land und Bund gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um die bestehenden Nachholbedarfe festzustellen. „Wir brauchen einen landesweiten Medienentwicklungsplan der einen Standard für die Beschaffung, Verwaltung und Pflege der beschafften Digitalsysteme festlegt“, so der Abgeordnete. Lehrkräfte müssten nicht nur einmal geschult, sondern permanent weitergebildet werden, um digitale Kompetenz beweisen zu können. „Und schließlich brauchen wir eine Whitelist für Hard- und Software sowie eine digitale Lernmittelausleihe, die auch die Endgeräte umfasst. Diese müssen endlich wie Schulbücher anerkannt werden“, so Reinken abschließend.

Antrag: <https://bit.ly/40g90UE>

Link zur Rede (23.3., TOP 21): <https://bit.ly/42F7RYg>



Ramdor: Einsamkeit wird zu einem immer größeren Problem – Wir müssen auch in Niedersachsen dieses Thema auf die Tagesordnung setzen

Die CDU-Fraktion hat heute einen Antrag eingebracht mit einem Thema, das immer mehr Menschen betrifft, aber oft nicht ausreichend beachtet wird: Einsamkeit.

„Einsamkeit betrifft Menschen jeden Alters, jeder sozialen Schicht und jeder Kultur. In unserer modernen Gesellschaft, in der viele Menschen sich auf digitale Medien und Technologien verlassen, um mit anderen in Kontakt zu bleiben, wird Einsamkeit zu einem immer größeren Problem“, so Sophie Ramdor, CDU-Landtagsabgeordnete.

Auf der Umfrageplattform „#NDR-fragt“ gaben im Februar dieses Jahres über 60 Prozent der Teilnehmer aus Niedersachsen an, Erfahrung mit dem Gefühl der Einsamkeit zu haben. Unabhängig davon, ob sie in einer Beziehung leben, Familie haben oder andere Menschen und Freunde treffen. „Es geht um eine immer stärkere Distanzierung in sozialen Beziehungen, veränderte familiäre Bindungen und fehlende Kontakte. Die Distanzierung zeichnet sich auch durch eine abnehmende Bereitschaft aus, sich ehrenamtlich in Vereinen, Kirchen und Parteien zu engagieren“, so Ramdor.

Es gehe im Antrag um ältere Menschen, die es schwerer hätten, außerhalb ihrer Wohnung mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, aber auch um junge Menschen, deren soziale Gebilde und Beziehungen immer instabiler und schnellleibiger werden. „Dies sind alles Phänomene, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer stärker auftreten werden, nicht wieder verschwinden und infolgedessen auch neue Lösungen notwendig machen. Einsamkeit kann dabei schwerwiegende Auswirkungen auf die körperliche und geistige Gesundheit haben“, so Ramdor weiter. Im November 2022 hat das Bundesfamilienministerium eine Sensibilisierungskampagne zum Thema Einsamkeit gestartet. „Es wird Zeit, dass wir auch in Niedersachsen dieses Thema auf die Tagesordnung setzen und die Zusammenhänge zwischen Einsamkeit und anderen Merkmalen wie Bildung, Alter oder Herkunft erforschen, um den Menschen zu helfen und Lösungen anzubieten. Wir fordern deshalb, dass der Ministerpräsident bei der Staatskanzlei eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten gegen Einsamkeit und für gesellschaftlichen Zusammenhalt einrichtet und somit eine ganzheitliche Betrachtung des Themas und ein ressortübergreifendes Arbeiten sicherstellt“, so die Abgeordnete abschließend.



Antrag: <https://bit.ly/40wACEF>

Link zur Rede (23.3., TOP 27): <https://bit.ly/42F7RYg>

Themen und Termine



Treffen mit Vertretern der Landjugend zum Thema Scheunenfeten



Der Landesverband Theaterpädagogik hat uns in Bewegung gebracht



Bürgerstammtisch der CDU Holzhausen



Gespräch bei Westenergie in Osnabrück



Jurymitglied beim Wettbewerb „Jugend debattiert“



Themen und Termine



Aktionstag der Theatermitarbeiter an städtischen und staatlichen Theatern in Hannover



Gespräch mit Ralf Minning von der OHA Osnabrück Healthcare Accelerator und LMIT Services AG



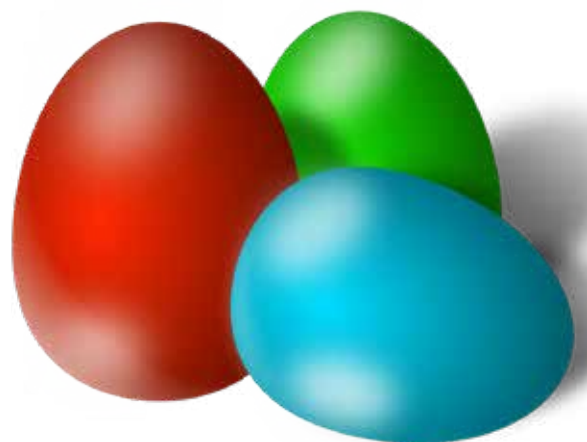
Übergabe des Förderbescheids durch Minister Lies für zwölf MINT-Factories in Stadt und Landkreis Osnabrück



Gespräch bei der Theaterpädagogischen Werkstatt in Osnabrück



Treffen mit Vertretern der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Hannover



Kontakt
Jonas Pohlmann, MdL, Schwedeldorfer Straße 13, 49124 Georgsmarienhütte

Tel. Wahlkreisbüro: 0151 / 11 22 98 48
info@jonas-pohlmann.de, www.jonas-pohlmann.de

Bürozeiten: Mo-Fr. 8:00 - 12:00 Uhr
Mitarbeiter: Anja Hotfilter, Felix Knemeyer

Quelle: www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Symbolfotos: Pixabay

Social-Media

 PohlmannJonas  pohlmannsjonas

Newsletter abonnieren oder abbestellen
auf www.jonas-pohlmann.de